

Euro-Stabilitätspakt 2005: Demontage oder notwendige Anpassung?

Hans-Hermann Hartwich

„Lizenz zum Schuldenmachen“ lauteten die Schlagzeilen der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der WELT am 22. März 2005. In der Nacht zum 21. März hatten die zwölf Finanzminister des europäischen Währungsraumes nach zwölfstündigen harten Verhandlungen in Brüssel eine Kompromißformel für eine Reform des sogenannten „Stabilitätspaktes“ gefunden; sowohl die Kritiker des bisherigen Pakts als auch die harten Befürworter des Paktes akzeptierten.

1. Worum ging es?

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion war im Jahre 1998 an die Erfüllung der sogenannten „Konvergenzkriterien“ gebunden worden. Sie bestanden im Kern aus einer jährlichen Inflationsrate bis zu 3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts und einer Gesamtschuldenlast bis zu 60% des BIP. Diese Konvergenzkriterien waren nicht nur die Hürde, die im Mai 1998 elf Mitgliedstaaten der EU überwandten. Sie sind seit dem sogen. Maastricht-Vertrag von 1992 auch Teil des noch in Kraft befindlichen EG-Vertragssystems (Art. 104 EGV nebst Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit), das jetzt durch die EU-Verfassung abgelöst werden soll. Sie sind demnach Verfassungsrecht (Felix Bark, Das gemeinschaftsrechtliche Defizitverfahren. Reformansätze und ihre rechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten, Ffm, 2004).

Dies schien 1997 dem damaligen Finanzminister Waigel (CSU) nicht solide genug, um eine harte Währung wie seinerzeit die DM zu bewahren. Es gelang ihm Ende 1997 mit politischem Druck – es ging ja um die Aufgabe der DM – und Kompromissen ein „Regierungsabkommen“ zu schmieden, das als „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ in die EU-Geschichte einging. Hier wurden ein „übermäßiges Defizit“ eng ausgelegt und wesentlich strengere, genau definierte Sanktionsschritte gegen ein Land definiert, das diese Auslegung nicht mittragen konnte. (Vgl. hierzu: Hartwich, Der EU-Stabilitätspakt in der Krise, in: GWP, Heft 4/2002, S. 447-461).

Obwohl politisch umstritten, funktionierten die Regelungen nach der Einführung des Euro. Deutschland hatte unter Finanzminister Waigel 1994 ein Defizit von 2,4%, dann – 1995 und 1996 – 3,3 und 3,4%. Ab 1997 folgten dann rückläufige Defizite von

2,7, 2,2, 1,5. Im Jahr 2000 wurde sogar ein Plus von 1,3 erreicht. Ab 2001 (-2,8%) überschritt das deutsche Haushaltsdefizit rasch (3,7; 3,8 und 3,7%) die Defizitgrenze (Süddeutsche Zeitung vom 22.4.2005). Diese Defizitraten spiegelten im Grunde deutlich den Verlauf der Wirtschaftskonjunktur wider. Allerdings ergaben sich relativ bald auch in anderen EU-Ländern fiskalische Schwierigkeiten, die immer weniger von finanzpolitischem Schlendrian als zunehmend von konjunkturellen Einbrüchen bestimmt waren.

Die Regierungen nahmen die rückläufige Wirtschaftskonjunktur eingedenk des weltpolitischen Desasters der „Weltwirtschaftskrise“ von 1930-33, bei der in einer ähnlichen Situation auch der Staat alle Ausgaben kürzte und damit die Krise verstärkte, nicht zum Anlass, ihre Ausgaben überstürzt zu senken, sondern suchten zunächst umgekehrt, den Einbruch der Binnennachfrage durch weitgehende Aufrechterhaltung der Ausgaben abzufedern. Zugleich sanken aber die Steuereinnahmen und es stiegen die Ausgaben für die Arbeitslosen. Dies alles bedeutete, dass die nationalen Haushalte der Euro-Mitgliedsstaaten defizitär wurden. Ihre Staatsdefizite stiegen in einem Ausmaß, das sie trotz zunehmender Einsparungsgesetze, zumeist Einschnitte in sozialstaatliche Leistungen, die als „übermäßig“ definierte Grenze überschreiten ließ.

Portugal geriet als erster Mitgliedstaat der Währungsunion in das Defizitverfahren. Es erhielt die vorgesehenen Abmahnungen und konnte bis 2005 wieder die 3%-Marke unterschreiten. Als jedoch die großen Staaten der Eurozone, zunächst Deutschland 2002, dann Frankreich, und Italien (undurchsichtig) am Rande der Marke lavierten, geriet der „Pakt“ in die Krise. Was machte es noch für einen Sinn, wenn Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal (und damals noch unentdeckt, das mit falschen Zahlen operierende Mitgliedsland Griechenland) „bestraft“ werden sollten? Sie produzierten rd. 3/4 der Wirtschaftsleistung der Eurozone und verfügten im Rat der Finanzminister zusammen über 35 der 87 Stimmen. Die Währungsunion hätte sich selbst geschadet.

Bis zum Winter 2004/2005 hatte sich folgende Situation ergeben (s. nebenstehende Abbildung):

2. Die wichtigsten Ergebnisse der Reform

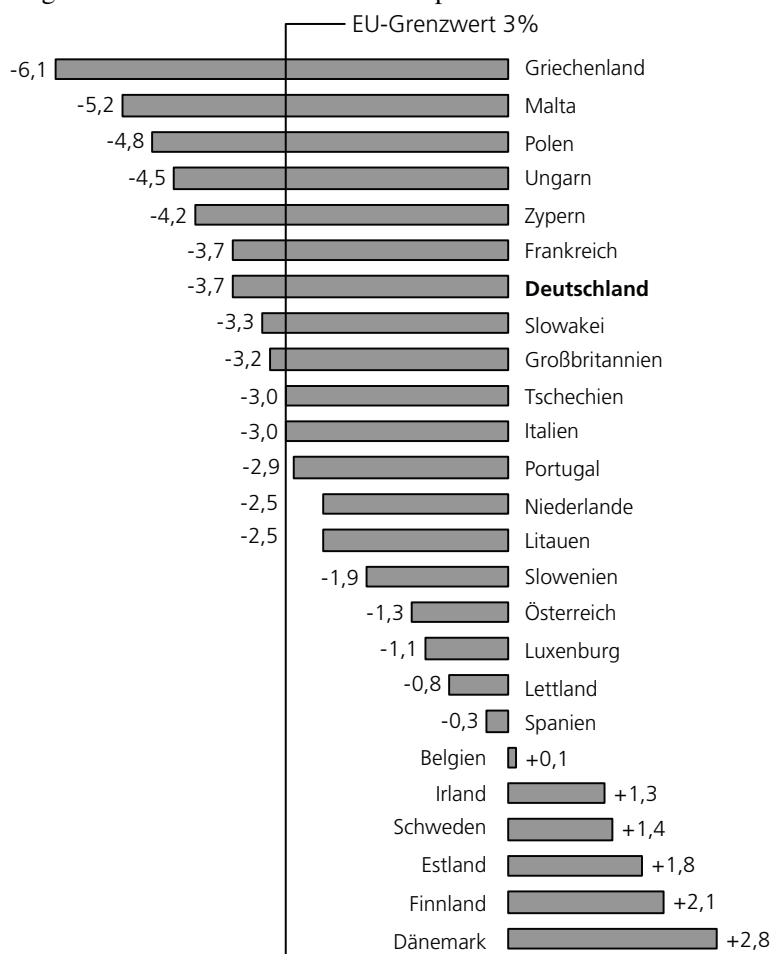
Im Frühjahr 2005 wurde konzentriert über eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verhandelt und am 20./21. März 2005 das hier diskutierte Ergebnis ohne eine Veto-Stimme erzielt.

Die Neuregelungen laufen recht eindeutig auf eine Abkehr vom „Stabilitäts-“ hin zum „Wachstumspakt“ hinaus. Die wichtigsten sind (nach FAZ v. 22.3.05., S.13):

- Art.104 Abs. 2a EGV: Die Fälle, in denen „ausnahmsweise und vorübergehend“ eine Überschreitung des Referenzwertes zulässig ist (außergewöhnliche Ereignisse wie Naturkatastrophen oder Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um mindestens 2%), werden erweitert. Jetzt gelten z.B. jedes Schrumpfen der Wirtschaft oder auch zu niedrige Wachstumsraten als Grund.
- Art. 104 Abs. 3 EGV: Die Gründe, die bei einem Bericht der EU-Kommission zwecks Einleitung eines Defizitverfahrens zugunsten des Landes berücksichtigt werden müssen, werden zwar nur beispielhaft aufgeführt: Fortschritte in der Verwirklichung der „Lissabon-Reformen“, Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Konsolidierungsanstrengungen bei guter Konjunktur, Schuldenstand, Höhe der öffentlichen Investitionen. Sie werden aber darüberhinaus deutlich erweitert. So dür-

fen die betroffenen Länder selbst Gründe vorbringen, die sie für relevant halten, wie Ausgaben für die internationale Solidarität, für die Vereinigung Europas, soweit sie das Land zu finanziellen Sonderleistungen zwingen und zwingen und das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen. Hierunter können z.B. Deutschlands Kosten der Wiedervereinigung und hohe Nettobeiträge zum EU-Haushalt sowie Frankreichs Verteidigungsausgaben subsummiert werden.

Grafik: Haushaltsdefizite und Überschüsse der EU-Staten 2004
Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat

- Auf Wunsch osteuropäischer Staaten wurden auch kostspielige Rentenreformen für fünf Jahre als Rechtfertigung für eine Überschreitung der 3%-Marke anerkannt – was diesen einen früher als geplanten Beitritt zur Währungsunion ermöglichen könnte.
- Die Zeiträume für den Abbau eines übermäßigen Defizits wurden gestreckt.
- Das Ziel eines „mittelfristig ausgeglichenen Haushalts“ wurde in einem präventiven Sinne neu definiert. Stärker berücksichtigt werden soll schließlich die Relation von

jährlicher Defizitrate und Gesamtverschuldung. Stärker als bisher werden die Mitgliedsländer aber auch verpflichtet, in guten Zeiten ihren Haushalt zu konsolidieren.

3. Schlagzeilen über Verhandlungsverlauf und Ergebnisse in der Presse

„Die Welt“ überschrieb ihren ausführlichen Bericht mit „Lizenz zum Schuldenmachen“ (22.3.05, S.3): „der entscheidende Satz ... steht auf S.15 des Abschlußpapiers. Einem Land, dessen Haushaltsdefizit kurzfristig die Drei-Prozent-Marke übersteigt, soll dies gestattet sein, wenn es hohe Beiträge ‚zur Stärkung der internationalen Solidarität und zur Erreichung europäischer Politikziele, vor allem zur Vereinigung Europas‘ leistet.“ Nun solle der „präventive Arm“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gestärkt werden. Unter dem Punkt „Alle anderen Faktoren“ führe das Abschlußpapier nun die Ausnahmen auf, bei denen ein Überschreiten von drei Prozent Defizit erlaubt sein soll. „Damit ist es künftig Sache eines jeden Mitgliedslandes zu erklären, weshalb es ein übermäßiges Defizit erzielt hat ...“

Ähnlich kritisch fiel der Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ aus (SZ v. 22.3.05, S.2). Schon die Überschrift besagt eigentlich alles: „3 Prozent = 3,25 Prozent = 3,5 Prozent. Mit windigen Argumenten dürfen EU-Staaten künftig eine höhere Verschuldung begründen.“ Und eine Art Zusammenfassung lautet: „Drei Prozent sind drei Prozent“. Seit Sonntag ist dieser berühmte Satz von Theo Waigel nichtig. Die Reform des Stabilitätspakts, auf die sich die EU-Finanzminister in Brüssel geeinigt haben, gestattet jedem Land mehr Spielraum bei der Neuverschuldung. Nutznießer der Reform ist besonders Deutschland. Denn die Kosten der Wiedervereinigung werden bei der Beurteilung des Defizits künftig berücksichtigt.“ Der Trend sei eindeutig: „Indem dieser neue Stabilitätspakt weichere Regeln postuliert, wird das finanzpolitische Korsett der Währungsunion gelockert – und der Euro instabiler“.

4. Reform-Begründungen: Wiedergewinnung nationaler Handlungsspielräume

4.1 EU beweist Kompromißfähigkeit

„Die EU hat diese Woche in drei wichtigen Fragen zu Kompromissen gefunden, wo vorher zwar reine Lehren vertreten wurden, aber dafür konkretes Agieren unmöglich geworden war: beim Stabilitätspakt, bei der Dienstleistungsrichtlinie und in der Kroatienfrage. Der jetzt gefundene Kompromiss macht... Politik wieder möglich (Wirtschaftswoche in Wien, in FAZ v. 26.3.05).

4.2 Prozyklische Politik wird vermieden

Das Bundesfinanzministerium betonte, der Pakt erlaube nun mehr ökonomische Rationalität im Einzelfall. In Zukunft könnten Wachstumsabschwächungen und Stagnationsphasen stärker berücksichtigt werden. Damit könne eine prozyklische Politik vermieden werden, die eine Folge ständigen fiskalischen Einschränkungsdrucks sei. Strukturelle

formen würden stärker unterstützt. Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen werde gestärkt. Durch die Stärkung des „präventiven Arms“ des Paktes könnten wieder „vernünftige und realistischere Zeitpfade zur Ergreifung von Maßnahmen und zum Abbau von Defiziten“ beschritten werden. Im übrigen könnten nun die Nettozahlungen an die EU und die Wiedervereinigungskosten angemessene Berücksichtigung finden. (nach FAZ v. 22.3.05, S. 13)

4.3 Entschärfung der Sanktionsautomatik des Paktes

„Jetzt haben sich Europas Finanzminister endlich auf eine Reform geeinigt. Sie wird das Vertragswerk zwar nicht viel intelligenter, aber wenigstens etwas erträglicher machen. Die Reform entschärft vor allem jene unselige Sanktionsautomatik des Paktes, die in den vergangenen Jahren etliche ökonomische Fehlentscheidungen erzwungen hat und die zugleich die Glaubwürdigkeit Europas schwer beschädigte... Faktisch steigt die Defizitgrenze, ab der Brüssel handeln muss, auf etwa 3,5%. Das ist vernünftig – selbst wenn die Ausnahmeetatbestände, die nun angeführt werden können, zum Teil hanebüchen und willkürlich sind. Ökonomisch sind höhere Schulden nur zu rechtfertigen, wenn sie letztlich das Wachstum stärken und damit das Einkommen erhöhen, aus dem Schulden einmal bedient werden müssen ... Hehre Ziel adeln Schulden nicht. Aber unter dem Strich bleibt entscheidend, dass die defizitgeplagten Regierungen nun nationalen Handlungsspielraum zurückbekommen ... Das ist eine gute Nachricht – auch wenn Opposition und Bundesbank nun Horrorszenarien beschwören ...“ („Wenigstens erträglich“, Financial Times Deutschland (FTD) v. 22.3.05, S.27)

4.4 Gegensteuern muss sein, aber wer kontrolliert den Schuldenabbau?

- „Pakt ohne Zähne“ (FR v. 22.3.05) „Unter deutscher Führung sind dem Pakt gründlich die Zähne gezogen worden...“ „Es ist ja richtig, dass der Stabilitätspakt, der zugleich ein Wachstumspakt ist, die Regierungen nicht in das Korsett einer rein prozyklischen Politik einzwängen darf. In wirtschaftlich harten Zeiten müssen die Länder Spielräume zum Gegensteuern haben. Doch das jetzt zum Ausgleich in den Pakt eingebaute Versprechen, im Aufschwung Schulden abzubauen, leidet unter gleich zwei Mängeln: Zum einen wird der EU nichts Wirkungsvolles in die Hand gegeben, den Abbau durchzusetzen. Zum anderen gehört der deutsche Satz „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ gemeinhin nicht zum Repertoire von Politikern, die in Wahlzyklen denken..“

5. Reformkritik: Demontage des Pakts und Gefährdung der Stabilität

Die bereits zitierten Schlagzeilen zum Ablauf der Brüsseler Verhandlungen zeigten den Tenor der meisten Kommentare an: Es überwogen in Deutschland die negativen Bewertungen der Beschlüsse. „Ernsthaft besorgt“ zeigte sich die Bundesbank, die von einer „entscheidenden Schwächung“ des Paktes sprach. „Finanzpolitische Disziplin ist eine

wichtige Voraussetzung dafür, dass das Europäische System der Zentralbanken Preisstabilität bei relativ niedrigen Zinsen gewährleisten kann.“ (FAZ-Bericht, v. 22.3.05; weiteres: www.faz.net/stabilitaetspakt).

5.1 Schuldenunion

- „Die Finanzminister der EU haben es geschafft: der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Geschichte ... Von nun an ist der Pakt Fassade.“ Die EU-Kommission habe praktisch keine Handhabe mehr, ein Verfahren gegen Defizitsünder in Gang zu bringen, geschweige denn, tatsächlich Sanktionen zu verhängen. „Ohne den Stabilitätspakt wird es schwieriger werden, das Experiment zu einem dauerhaften Erfolg zu führen, zwölf oder mehr Länder von unterschiedlicher Größe und Wirtschaftskraft einer gemeinsamen Währung zu unterwerfen. Sicherlich ist es der Europäischen Zentralbank bisher recht gut gelungen, die Inflationsraten zu kontrollieren. Doch ist der Euro eine junge Währung, von deren aktueller Stärke sich niemand blenden lassen sollte. Ernste Bewährungsproben hatte sie noch nicht zu bestehen. Gegen den Willen einer deutschen Regierung wäre die Demontage des Paktes nicht möglich gewesen. Die Regierung Schröder trägt damit die Hauptverantwortung für seine Zerstörung und die nun drohende Erosion jener Stabilitätskultur, welche die Bundesbank dereinst begründet hat...“ Befürchten müsse man allerdings leider, „dass die (Christlich-demokratische) Union klammheimlich ganz froh darüber ist, die Fesseln des Paktes los zu sein. Auch ihre Landesregierungen haben Mühe, ihre Haushalte in Ordnung zu halten...“ („Die Schuldenunion“, FAZ v. 22.3.05)
- „Statt die Grundlagen für Arbeitsplätze zu legen, verkaufen die EU-Schwergewichte ihren Wählern mit der Neufassung des Stabilitätspaktes eine Illusion: Die Illusion, Schuldenmachen lasse die Wirtschaft wachsen. Nicht, dass die bisherigen Euro-Regeln perfekt waren. Es wäre ökonomisch vernünftig, künftig hohe Gesamtschulden stärker zu ahnden als vorübergehende Defizite, weil sie mehr über die Lage eines Landes aussagen. Solche sinnvollen Veränderungen finden sich in der so genannten Reform nicht...“ („Entkerntes Europa“ SZ v. 22.3.05)

5.2 Höhere Zinsen zu erwarten

- „Blamage für die EU“ (Die Welt v. 22.3.05): „Ein Kompendium unverbindlicher Floskeln... Ganz gleich, wie die neuen Regeln des Paktes in Zukunft ausgestaltet sind – es kann ohnehin niemand darüber wachen, dass sie auch eingehalten werden. Schon jetzt ist deshalb absehbar, was passieren wird, wenn eines Tages einer der vielen europäischen Defizitsünder in Zahlungsschwierigkeiten geraten sollte: Alle anderen Staaten der Euro-Zone werden in diesem Fall über höhere Zinsen die Zeche mitbezahlen müssen.“
- „Den Preis müssen die Verbraucher zahlen.“ (Hamburger Abendblatt v. 22.3.05). „Schuldenmacher haben Vorfahrt. Mittelfristig könnte darunter der Wert des Euro leiden. Nicht nur nach außen, auch im Innern. Denn dauerhaft hohe Schulden und der damit verbundene Vertrauensverlust in eine Währung führen fast unweigerlich zu steigenden Inflationsraten. Ein Preis, den vor allem die Verbraucher bezahlen müssen.“

andererseits:

- „Die Lockerung des EU-Stabilitätspaktes hat keine nachhaltigen Auswirkungen auf den Wert des Euro, die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Staatsdefizite. Dies ist das Ergebnis einer FTD-Umfrage unter den führenden Investmentbanken ... Mit ihren Aussagen dämpfen die Experten Befürchtungen, die Flexibilisierung des Stabilitätspaktes werde zu einem steilen Anstieg der Schulden führen und die Geldpolitik zu Zinssteigerungen veranlassen. Die Einschätzungen der Investmentbanker sind für die tatsächlichen Folgen der Einigung besonders relevant, da sie mit ihren Anlageentscheidungen Zinsen und Wechselkurse beeinflussen.“ (Financial Times Deutschland, FTD v. 22.3.05, S. 10)

5.3 Mißtrauen der Märkte

- „Die Einigung der EU-Finanzminister bedeutet nichts anderes, als dass den Verschuldungsländern wie Deutschland künftig jeder Ansporn genommen wird, ihre maroden Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Was das für Folgen hat, ist klar: Höhere Zinsen werden schnell jede Erholung der Konjunktur zunichte machen. Und langfristig werden längst vergessen geglaubte Vorwürfe, der Euro mutiere zur Weichwährung, wieder zu hören sein. Dann nämlich, wenn die USA ihre Schulden und damit ihre Dollarschwäche in den Griff bekommen und sich alle Aufmerksamkeit auf Euro-Land richtet...
Die Finanzmärkte spekulieren völlig zu Recht auf eine Verschuldungsspirale. Das zeigten gestern bereits die steigenden Zinsen für Staatsanleihen. Das Szenario ist klar: Der Staat benötigt mehr Geld, deshalb muss er mehr Anleihen auflegen. Höhere Staatsausgaben heizen die Teuerung an, was wiederum die EZB in Zugzwang bringt. Sie wird die Zinsen erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Und dies wiederum lähmt die Konjunktur, was am Ende zu weniger Steuereinnahmen und noch mehr Schulden führen wird...“ („Mißtrauen der Märkte“, Handelsblatt v. 22.3.05)

aber auch:

- „Märkte sind keine gute Messlatte!“ – In einem Interview des Handelsblattes (22.3.05) mit dem Chefvolkswirt der Hypo-Vereinsbank, Martin Hüfner sagte dieser auf die Frage: „Auch mit der Aussicht auf einen gelockerten Stabilitätspakt zeigte sich der Euro stark und sind die Kapitalmarktzinsen in Europa sehr niedrig. Ist die Aufweichung harmlos?“ – „Auf keinen Fall. Die Finanzmärkte zeigen uns ein falsches Signal, sie sind derzeit falsch programmiert. .. die Kapitalmarktrenditen sind so niedrig, weil der Markt mit Liquidität überschwemmt ist. – und – „am Devisenmarkt dominiert die Dollarschwäche...“

5.5 Reform erleichtert den Beitritt zur Währungsunion – negativ oder doch positiv ?

- „Griechische und italienische Politiker dürfen sich freuen. Künftig müssen sie keine Daten mehr manipulieren, sondern können ganz offiziell über ihre Verhältnisse leben. Den politisch instabilen Volkswirtschaften Osteuropas wird signalisiert, sie müssten nach ihrem Euro-Beitritt keine scharfen Spargelote beachten. Es wäre ein Wunder, wenn solche Entwicklungen der Währung nicht schaden würden, und mit ihr deutschen Arbeitnehmern und Sparern.“ („Entkerntes Europa“, SZ v. 22.3.05)

aber auch

- Dieser negativen Bewertung steht tendenziell ein weiterer Bericht aus der FAZ (22.3.05, S.13) entgegen: „EU ebnet Osteuropa den Weg zum Euro“: Die hohen Kosten des Weges in die Mitgliedschaft könnten nun bei der Defizitbeurteilung berücksichtigt werden. Damit werde anerkannt, dass die meisten neuen Mitgliedsländer zumeist ein deutlich höheres Potentialwachstum und einen niedrigeren Schuldenstand als die alten aufwiesen und demzufolge zeitweise ein höheres Defizit verkraften könnten, ohne in die Schuldenfalle zu geraten. Die neuen Maßstäbe ermöglichen es auch, die Kosten der Pensionsreformen aus der Berechnung der öffentlichen Defizite herauszunehmen. Damit könnten Polen, Ungarn und die Slowakei schon 2007 ein Defizit unter 3% erreichen und früher als bisher geplant eine Euro-Mitgliedschaft erreichen.

Resumee

In dieser Dokumentation von Kontroversen um die Reform des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes überrascht die tiefe Kluft zwischen der Argumentation der politisch handelnden Regierungsvertreter und jener der ökonomischen Fachpresse. Keine der beiden Seiten geht auf die berechtigten Teile der Argumentation der jeweils anderen Seite ein. Die Befürworter nicht auf die mögliche Gefährdung der (Preis- und Währungs-) Stabilität, – etwa durch ein klares Bekenntnis auch zu dieser elementaren staatlichen Aufgabe. Auch fehlen deutlichere Hinweise auf die Nutzung der gewonnenen Handlungsfreiheit.

Die Kritiker verweigern sich einem Eingehen auf die tatsächlich vorhandenen sozialen Folgen andauernder wirtschaftlicher Stagnation mit gewaltigen Strukturumbrüchen. In Deutschland sind diese zweifellos bedingt durch die Belastung der Sozialkassen durch den Beitritt der ostdeutschen Arbeitnehmer in die westdeutschen Sozialversicherungssysteme, ohne vorher eingezahlt zu haben. Für Deutschland wie für alle anderen Staaten sind sozialpolitische Krisen durch die Europäisierung und Globalisierung der nationalen Volkswirtschaften bedingt. Deutschland kann wohl kaum in ein oder zwei Legislaturperioden in ein Land mit der niedrigeren Lohn- und Abgabenstruktur der osteuropäischen Beitrittsländer zurückverwandelt werden.

So ist das Bild leider eher düster, das die Kontroverse widerspiegelt. Leser, Lehrer und Lernende erfahren die Staatsverschuldung als eine Art schwarzer Wolke, die den Himmel der Zukunft verdüstert, weil sie die Inflation befördert und die Staatshaushalte dauerhaft einschnürt, indem sie die heutigen und künftigen Steuerzahler belastet. Aber offen bleibt: wie und warum fördert die Defizitquote die Preisstabilität? Welche Bedeutung haben mäßig steigende Preise für die Investitionserwartungen der Unternehmen oder steigende Ölpreise für den Preisindex? Dies heißt: Die Kontroverse über den Stabilitätspakt ist eine politische und mithin eine interessengeleitete. Für die politische Bildung ist sie lehrreich, aber nicht unbedingt wirtschaftskundlich bildend.